

Wasserwirtschaft im BDEW zum Evaluierungsbericht:

Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ weiterführen

Demografischer Wandel erfordert Umbauprozesse/
Qualität der Infrastruktur in den Kommunen sichern

Berlin, 17. Juni 2008 – Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, bewertet das Ergebnis der Evaluierung des Förderprogramms „Stadtumbau Ost“ positiv: Der Branchenverband unterstützt die Forderung der Expertengruppe nach einer Weiterführung des Förderprogramms und die verstärkte Förderung von Maßnahmen der sozialen und technischen Infrastruktur.

„Mit dem Förderprogramm können die in den Bundesländern anstehenden Umbaukosten der Infrastruktur auf Antrag der Kommunen zur Entlastung von Kommunen, Unternehmen und Verbrauchern gedämpft werden“, erklärte BDEW-Vizepräsident Peter Rebohle. Das Förderprogramm habe den demografischen Wandel stärker in den Fokus der Politik und der Bevölkerung gerückt. „Die Infrastrukturen können lokal massiv mit hohen Umbaukosten betroffen sein, diese Belastungen werden zunehmend für Bürgerinnen und Bürger spürbar. Hier kann das Förderprogramm wirksam helfen“, betonte Rebohle in einer ersten Stellungnahme zur Evaluierung des Bund-Länder-Programmes „Stadtumbau Ost“. Der Bericht wurde am 17. Juni 2008 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin vorgestellt.

Die Probleme für die technischen Infrastrukturen im demografischen Wandel seien anfangs unterschätzt worden. Durch den Rückgang der Bevölkerung um bis zu 30 Prozent in etlichen Kommunen insbesondere im Osten Deutschlands entstünden dort für die Versorgung mit Trinkwasser und die Abwasserentsorgung massive technisch-wirtschaftliche Probleme und Umbauprozesse. Oberstes Ziel sei, die hohe Qualität der Dienstleistungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung zu sichern.

Das Förderprogramm Stadtumbau Ost berücksichtige erst seit 2006 die Förderung von Anpassungsmaßnahmen für technische Infrastrukturen im

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Telefon
+49 (0)30 300 199-1161
Telefax
+49 (0)30 300 199-3190
presse@bdew.de
www.bdew.de

Stadtumbauprozess. Die Praxis zeige jedoch, dass etliche Bundesländer diese Fördermittel trotz der enormen Umbaukosten in den Kommunen bislang nicht ausreichend oder gar nicht nutzten. Eine spezielle Förderung der Infrastrukturen sei aber notwendig, um diese Grunddienstleistungen der Ver- und Entsorgung auch bei stark rückläufiger Bevölkerung und insbesondere im ländlichen Raum zu sozialverträglichen Preisen anbieten zu können.

Kosteneinsparungen seien bei den Stadtumbauprozessen möglich durch eine verpflichtende Einbeziehung der Ver- und Entsorgung bei neuen Stadtplanungen. Bisher fehlten in den Bescheiden und Stadtplanungskonzepten häufig Angaben zu möglichen Nachnutzungen, Alternativen für Rückbau- und Anpassungskonzepte sowie zu Infrastrukturkosten.

Der BDEW fordert einheitliche steuerliche Regelungen für die Sonderaufwendungen für den Stadtumbau. Bislang würden die Regelungen je nach Standort unterschiedlich gehandhabt. „Einheitliche steuerliche Regelungen für die Anrechenbarkeit der Sonderaufwendungen könnten die Steuerlast für Kommunen, Unternehmen und Verbraucher verringern“, erklärte Rebohle. Das könne helfen, weitere durch den demografischen Wandel eintretende Standortnachteile zu vermeiden.